

V-01 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

Antragsteller*in: Malte Spitz (Parteirat)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 „Datenschutz ist der neue Umweltschutz“

2 Informationelle Selbstbestimmung ist ein Grundrecht und essentiell, um die Privatsphäre und
3 die Entfaltung jedes Menschen zu schützen und zu ermöglichen. Trotzdem wird gerade aus
4 Reihen der Bundesregierung immer wieder der Datenschutz offen in Frage gestellt und ein
5 vermeintlicher Gegensatz von Datenschutz und wirtschaftlicher Entwicklung konstruiert. Zudem
6 wird der Schutz persönlicher Daten als Hemmnis einer guten Sicherheitspolitik dargestellt.

7 Dies erleben wir gerade dieser Tage. Das Schema ist ein altbekanntes: Ein terroristischer
8 Anschlag wird genutzt, um an der Sicherheitsschraube zu drehen und unseren Rechtsstaat
9 konstituierende Freiheitsrechte offen in Frage zu stellen. Wenn der für den Schutz unserer
10 Verfassung zuständige Minister zu Protokoll gibt, dass Datenschutz schön sei, aber in
11 Krisenzeiten und darüber hinaus Sicherheit Vorrang habe, offenbart dies ein krudes
12 Rechtsstaatsverständnis, dem wir uns als Grüne entschlossen entgegenstellen.

13 Wer, um von eigenen Versäumnissen der letzten Monate abzulenken, Freiheits- und Grundrechte
14 wie den Datenschutz offen in Frage stellt, hat nicht ansatzweise verstanden, worum es den
15 Terrorist*innen geht, nämlich darum, unsere Gesellschaft zu spalten und die Freiheit und
16 Offenheit unserer Demokratien anzugreifen. Die Antwort auf Hass und Terror kann und darf
17 daher niemals Demokratieabbau und Krieg, sondern nur noch mehr Rechtsstaatlichkeit,
18 Entschlossenheit, Freiheit und Toleranz sein.

19 Der Datenschutz - in der digitalen Realität unserer von Algorithmen zunehmend geprägten
20 Gesellschaft ein noch essentielleres Freiheitsrecht denn je - schützt den/die EinzelneN vor
21 unternehmerischer und staatlicher Ausspähung. Ein Hindernis für eine effektive
22 Sicherheitspolitik ist er, zumindest in demokratischen Rechtsstaaten, nicht. Stattdessen
23 stellen verlässliche und hohe, einheitliche Datenschutzstandards die Voraussetzung für eine
24 gute und akzeptierte Arbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden dar. Es ist nötig, endlich
25 die zielgerichtete Verfolgung von Terrorverdächtigen zu verbessern und dafür mehr Personal
26 bereitzustellen.

27 Die Bundesregierung hat noch immer nicht erkannt, dass anlasslose Datensammlungen, erhoben
28 etwas im Rahmen von Vorratsdatenspeicherungen, durch Bankdatenabgleiche oder durch
29 Flugpassagierüberwachungen, nicht dazu geführt haben, die Sicherheit vor Anschlägen zu
30 erhöhen, im Gegenteil: Die Suche nach der Nadel im Heuhaufen, das ist eine bittere Erfahrung
31 aus den Anschlägen von Paris und Brüssel, wird für die Ermittler*innen immer schwieriger,
32 die Lage in einem Meer aus Information immer unübersichtlicher.

33 Längst haben höchste Gerichte dieser Praxis präventiver, unserer Rechtsordnung fremder,
34 anlassloser Datenspeicherungen mit Hinweis auf deren Unvereinbarkeit mit geltenden
35 Grundrechten eine klare Absage erteilt. So ist die Rechtsprechung längst zu einem Korrektiv
36 einer grundrechtsgefährdenden weil oft unverhältnismäßig agierenden Gesetzgebung der Großen
37 Koalition geworden. Dabei wäre es ihre originäre Aufgabe, den Grundrechtsschutz zu
38 gewährleisten und angesichts der massiven Bedrohungen der informationellen Selbstbestimmung
39 rechtliche Sicherungsmechanismen wie beispielsweise den Art. 10 GG auszubauen. Dies würde
40 nicht nur zu einem höheren Grundrechtsschutz der Bürger*Innen, sondern auch zu mehr Daten-
41 und Rechtssicherheit für die Unternehmen führen.

42 Datenschutz made in Germany

43 Datenschutz und wirtschaftlicher Erfolg sind keineswegs Gegensätze. Datenschutz und
44 Datensicherheit sind für die große Mehrheit der Unternehmen vielmehr von essentieller
45 Bedeutung und eine Zukunftschance für hiesige Unternehmen, die auf ein großes Know-How von
46 IT-Sicherheitslösungen made in Germany zurückgreifen können. Mit Ausnahme der wenigen
47 internationalen Akteure, die mit unseren Daten unvorstellbar viel Geld verdienen, wird das
48 Fehlen von Rechtssicherheit und Standards ganz überwiegend als Hemmnis der wirtschaftlichen
49 Entwicklung wahrgenommen.

50 Mehr noch: Datenschutz und Datensicherheit können eine, das haben die letzten Monate
51 eindrucksvoll gezeigt, sehr erfolgsversprechende Wirtschaftsstrategie sein. Selbst große US-
52 Konzerne haben zuletzt die marktstrategische Bedeutung von IT-Sicherheit und dem Schutz
53 persönlicher Daten erkannt. Sie verlegen ihre Rechenzentren auf den Europäischen Kontinent
54 und wehren sich öffentlichkeitswirksam gegen die staatliche angeordnete Entschlüsselung von
55 Mobiltelefonen in den USA. Der Grund ist sehr einfach: Vertrauen ist nicht nur gut für die
56 Akzeptanz neuer, digitaler Angebote, sondern auch gut für Geschäfte. Dieses Vertrauen
57 besteht in den USA aufgrund der Enthüllungen Snowdens und Verpflichtungen aufgrund von
58 intransparenten Entscheidungen von Geheimgerichten nicht mehr. In Deutschland gehören
59 durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung noch immer nicht zum Standard bei großen IT-
60 Projekten. Hierfür haben wir uns als Grüne immer wieder eingesetzt und auf die Bedeutung
61 vertraulicher Kommunikation hingewiesen. Einige Unternehmen haben die Bedeutung sicherer
62 Verschlüsselungslösungen mittlerweile, anders als die Bundesregierung, erkannt und werben
63 offensiv mit einer „Cloud made in Germany“. Diese Beispiele zeigen, dass wir in unserem
64 Ringen nach mehr Datenschutz und Datensicherheit immer mehr Verbündete haben. Noch wichtiger
65 ist die Erkenntnis, dass Deutschland und Europa tatsächlich relevante Standards setzen und
66 diese zukünftig hoffentlich auch durchsetzen können. Wir sollten daher Datenschutz und
67 Datensicherheit zu einem Markenkern unseres Wirtschaftsstandorts machen. Hierfür bedarf es
68 neben einer Stärkung bestehender Aufsichtsstrukturen, einer größeren Unterstützung der
69 wichtigen Arbeit der Verbraucherzentralen auch der Unabhängigkeit des noch immer dem
70 Bundesinnenministerium unterstellten Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.

71 Zudem brauchen wir eine anpackende Umsetzung der EU-Datenschutzreform in bundesdeutsches
72 Recht samt Nutzung bestehender Gestaltungsspielräume, beispielweise bezüglich eines
73 effektiven Beschäftigtendatenschutzes. Hier liegt eine wahre Mammutaufgabe vor uns. Genauso
74 müssen wir bestehende wettbewerbs-, kartell- und fusionsrechtliche Regelungen dahingehend
75 weiterentwickeln, dass zukünftig die Rolle monopolartiger Anbieter mit extrem hohen
76 Datenkonzentrationen stärker berücksichtigt wird.

77 Wir treten weiterhin für hohe Datenschutzstandards beim Datenaustausch mit Drittstaaten ein,
78 die auch tatsächlich als Rechte ausgestaltet sind. Unser Verständnis des Datenschutzes als
79 Grundrecht muss auch in diesen Abkommen zum Ausdruck kommen. Das hat zuletzt der Europäische
80 Gerichtshof in seinem Urteil zum „Safe Harbor“-Abkommen unmissverständlich klargestellt. Das
81 Urteil war nicht nur wie bereits zuvor das Urteil zur EU-Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie
82 eine weitere wichtige Grundsatzentscheidung. Das Urteil war auch eine schallende Ohrfeige
83 für die Bundesregierung, die, trotz des Umstandes, dass wir immer wieder vor genau dieser
84 Entwicklung gewarnt haben, bis zuletzt an dem klar rechtswidrigen Abkommen festgehalten hat.
85 Die nach dem Urteil des höchsten europäischen Gerichts entstandene Rechtssicherheit geht
86 somit voll auf ihr Konto. Sollte das nun vorgelegte „Privacy Shield“ erneut vom EuGH
87 kassiert werden, hat sie die erneut entstehende Rechtsunsicherheit zu verantworten.

88 Mit Datenschutz schwarze Zahlen schreiben

89 Schon jetzt werden von europäischen Unternehmen mit Soft- und Hardware basierter
90 Sicherheitstechnik Milliarden umgesetzt. Diese Technik dient auch dem Schutz der Daten der
91 Verbraucher*innen und Verbraucher bei der Verwendung vernetzter Geräte und wird in diesem
92 Sinne beworben. Wir sind überzeugt, dass wie bei den Umweltechnologien auch Produkte, die
93 Datenschutz und Datensicherheit in besonderer Weise gewährleisten, Exportschlager sein
94 können. Das bedeutet, dass wir den Mittelstand in punkto IT-Sicherheit voranbringen und
95 damit zukunftsfähig machen müssen. Auch Startups, die bewusst in entsprechende Lösungen
96 investieren, müssen sehr viel stärker unterstützt werden als bisher.

97 Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass Verbraucher*Innen in die
98 Lage versetzt werden, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und so datenschutzkonforme und
99 -sichere Produkte auszuwählen. Hierfür ist es von Nöten, mehr Transparenz, beispielsweise
100 bezüglich eingesetzter Algorithmen, zu schaffen. Angelehnt an die Energieeffizienzklassen
101 von Haushaltsgeräten soll eine entsprechende Klassifizierung oder auch Zertifizierung für
102 vernetzte Haushaltsgeräte, Fahrzeuge etc. eingeführt werden.

103 Das Recht auf Verschlüsselung sowie ein Recht auf Anonymisierung ohne Hintertüren muss
104 dauerhaft gesichert und ausgebaut werden. Diese Standortvorteile gegenüber USA gilt es zu
105 bewahren und festzuschreiben, auch und gerade gegenüber staatlichen Stellen. Klare
106 Zugriffsbeschränkungen deutscher Nachrichtendienste sind zwingend eindeutig zu definieren
107 und effektiv zu kontrollieren. Wir setzen uns zudem für eine verfassungsrechtliche Einhegung
108 der Befugnisse der Dienste sowie eine komplette Neuaufstellung der Aufsicht
109 geheimdienstlicher Tätigkeit ein.

110 Wir halten zudem ein staatlich finanziertes Programm zur Beratung bei der IT-Sicherheit für
111 kleinere und mittlere Unternehmen (KMUs) für notwendig. Auch hier bieten die Erfahrungen des
112 Umweltschutzes mit der Energieberatung gute Anknüpfungspunkte für die weitere Ausgestaltung.
113 Sicherheitsberatung in die Fläche zu bringen, erhöht nicht nur den Schutz für die
114 Unternehmen, sondern schützt vor allem die Daten der Millionen Kund*Innen, die bei diesen
115 Unternehmen vorliegen. Mit diesem dezentralen Netz an IT-Sicherheitsberater*Innen kann auch
116 eine erste Aufklärung über Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung in den KMUs
117 stattfinden, und damit das notwendige Umdenken und Überdenken anstoßen.

118 Datenschutz sichert die Ressource Freiheit

119 Neben einer lebenslang vermittelten Medienkompetenz, sind Datensouveränität und
120 Datensicherheit heute wesentliche Bedingungen für ein freies und selbstbestimmtes Leben. Je
121 mehr der Staat oder Unternehmen über mich wissen, desto unfreier werde ich. Ich verhalte
122 mich anders, wenn ich weiß, dass ich beobachtet werde und Spuren hinterlasse, über die ich
123 keine Kontrolle mehr habe. In einer solchen Situation passen wir uns alle an. Die Schere im
124 Kopf entsteht. Das ist Gift für die Demokratie. Freiheitliche Gesellschaften brauchen
125 Freiräume, in den sich die Bürger*Innen unbeobachtet ausprobieren und entfalten können. Es
126 ist nicht nur für jeden schön, auch Geheimnisse haben zu können - für bestimmte Gruppen wie
127 Journalist*Innen, Ärzt*Innen, Rechtsanwält*Innen und Seelsorger*Innen ist es sogar
128 essentiell. Eine geschützte Kommunikation muss daher nicht nur Ihnen zwingend ermöglicht und
129 ausgebaut werden.

130 Der Staat und einige Unternehmen betreiben daher mit ihrer Datensammelwut Raubbau an der
131 Ressource Freiheit. Und wie beim Umweltschutz können wir Fehlentwicklungen im Nachhinein
132 nicht oder nur mit sehr viel größeren Aufwand reparieren. Der „Point-of-no-return“, die
133 digitale 2-Grad-Grenze naht: Denn wenn meine Daten erst einmal in den Datenbanken großer
134 Unternehmen und (fremder) Staaten gespeichert, gerastert und zu höchst aussagekräftigen
135 Profilen verknüpft sind, haben wir die Kontrolle hierüber bereits verloren. Daher müssen wir
136 jetzt handeln und den immer weiter ausufernden Datensammlungen und einer weitreichenden

137 Spionage klare rechtliche Grenzen setzen. Die Politik darf den technischen Möglichkeiten und
138 den durch sie entstehenden Gefahren für den Grundrechtsschutz nicht länger hinterherlaufen,
139 sondern muss die Digitalisierung und den Schutz privater Kommunikation und
140 Geschäftsgeheimnissen als vordringliche Herausforderung annehmen.

141 Als Bürgerrechtspartei liegt es auch in der besonderen Verantwortung der Grünen, die
142 Bedeutung eines innovativen Datenschutzes als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben auch
143 und gerade in der digitalen Welt immer wieder zu betonen.

144 Grundrechte in der digitalen Welt stärken

145 Wie nötig aber auch der Ausbau bestehender Mechanismen zum Schutz vor unternehmerischer und
146 geheimdienstlicher Ausspähung ist, halten uns anhaltende Datenskandale, IT-Angriffe auf den
147 Deutschen Bundestag und andere Institutionen und nicht zuletzt die anhaltenden Enthüllungen
148 des Whistleblowers Edward Snowden vor Augen.

149 Der Datenschutz ist es, der einem totalitären Anspruch datensammelnder Unternehmen und
150 Geheimdienste einen Riegel vorschiebt und verhindert, dass auch der letzte Teil unserer
151 Privatsphäre verdatet wird. Er verhindert, dass unser aller Leben bis in den letzten Winkel
152 überwacht, gerastert und profiliert wird. Längst geht es nicht mehr um einzelne Datensätze,
153 sondern um die Zusammenführung und systematische Analyse aller vorhandenen Daten und
154 Informationen. Aktuell befinden sich diese Daten oftmals noch verteilt in unterschiedlichen
155 Datenbanken rund um den Globus. Immer öfter werden sie jedoch von Unternehmen verknüpft und
156 gerastert. Und staatliche Stellen, das ist die Erkenntnis nach gut zwei Jahren Aufklärung im
157 Untersuchungsausschuss des Bundestags zur geheimdienstlichen Praxis von NSA und BND,
158 verschaffen sich auf legalem oder illegalem Weg Zugriff auf sie.

159 Die skizzierten technologischen Entwicklungen werden uns absehbar auch die kommenden
160 Jahrzehnte begleiten. Die digitalen Datenmengen, die wir produzieren, verdoppeln sich in
161 immer kürzeren Intervallen. Und mit ihnen steigen auch die Begehrlichkeiten, an diese
162 Datenberge heranzukommen, sie zu vermarkten, zu rastern, zu Profilen zu verknüpfen und uns
163 alle in ein digitales Kastensystem einzusortieren, das im offenen und klaren Widerspruch zu
164 bestehenden Solidarsystemen steht.

165 Als Grüne werden wir nicht müde auf diese Gefahren für die informationelle Selbstbestimmung
166 der Menschen hinzuweisen. Wir werden nicht müde, die Bundesregierung aufzufordern, sich,
167 statt den Datenschutz in Frage zu stellen, auch endlich an den für die digitale Gesellschaft
168 so wichtigen Fragestellungen angemessen zu beteiligen.

169 Auch die Bundesregierung muss sich fragen, ob bestimmte Geschäftsmodelle mit der
170 Menschenwürde vereinbar sind, und ob es nicht Grenzen der Überwachung und Ausforschung, und
171 der Algorithmisierung ganzer Lebensbereiche geben muss. Darüber, ob man monopolartige
172 Anbieter und Plattformen mit extremen Datenanhäufungen nicht zwingen muss, ihre Algorithmen
173 ganz oder teilweise offenzulegen, damit Aufsichtsbehörden zumindest eine gewisse Vorstellung
174 davon bekommen können, welche Daten nach welchen Kriterien zu Profilen verknüpft an Dritte
175 weiterverkauft werden und ob das bestehende Wettbewerbs- und Kartellrecht nicht angesichts
176 extremer Datenanhäufungen bei wenigen großen Unternehmen angepasst und fit für das digitale
177 Zeitalter gemacht werden muss.

178 Bislang ist der Druck auf die Bundesregierung, sich Überwachung und Ausforschung
179 entgegenzustellen, nicht sonderlich groß. Das wird sich jedoch ändern: Die tatsächlichen
180 Auswirkungen der derzeit stattfindenden, allumfassenden Vermessung unseres Lebens werden
181 viele Menschen erst später spüren, dann aber in voller Härte: Aufgrund der falschen Wohnlage
182 oder Freunde werden sie keine Kredite und keine Versicherungen mehr bekommen. Ihnen wird die
183 Einreise in Länder verwehrt werden, weil ein Analyseprogramm die Ironie, die in einem

184 privaten Online-Chat verwendet wurde, nicht erkannt und sie als potentielle Gefährder
185 charakterisiert hat, und sie werden erleben, wie ihr eigenes Auto vor Gericht gegen sie
186 aussagt.

187 Die Bundesregierung beschäftigt sich mit all diesen Fragen bislang nicht, weil sie weiß,
188 dass sie selbst höchst ambivalent agiert: Unternehmen verpflichtet man im Rahmen der
189 anlasslosen Vorratsdatenspeicherung, die sich gegen 80 Millionen Bürger*innen richtet, neue
190 Datenberge mit hoch sensiblen Kommunikationsverbindungsdaten anzuhäufen.

191 Während man Deutschland zum „Verschlüsselungsstandort Nummer eins“ auf der Welt machen will,
192 sinniert man gleichzeitig über das Verbauen von permanenten Hintertüren in Hard- und
193 Software, die immer auch Kriminellen offenstehen und betätigt sich als Hehler von
194 Sicherheitslücken auf dem Schwarzmarkt. Hierdurch gefährdet man die IT-Sicherheit und die
195 Privatheit von Kommunikation massiv. Sämtliche unserer Vorschläge, beispielsweise
196 durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen in alle IT-Großprojekte einzuziehen, hat die
197 Bundesregierung bislang stets abgelehnt. Das rächt sich heute, in Zeiten, in denen
198 entsprechende Angebote echte Exportschlager wären.

199 Obwohl bis heute der verfassungskonforme Einsatz von in privateste Lebensbereiche
200 vordringenden „Staatstrojaner“ zur Infiltrierung computertechnischer Systeme nicht
201 nachgewiesen werden konnte, hält die Bundesregierung an diesem grundrechtlich hoch
202 umstrittenen Instrument fest und greift noch immer auf das Know-How höchst zweifelhafter
203 Firmen zurück, die eine Prüfung der Verfassungskonformität durch Einblick in den Quellcode
204 der Software mit Hinweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verwehren und ihre mit
205 deutschem Steuergeld gebaute Technik - durch das Verrücken eines Kommas im Quellcode
206 aufgetunt - in aller Despotenhände dieser Welt exportieren und dabei helfen, oppositionellen
207 Protest im Keim zu ersticken und Menschen in Folterkeller zu verbringen.

208 Der sich aus dem Grundgesetz abzuleitenden Verpflichtung, unsere digitale Infrastrukturen
209 und private Kommunikation effektiv zu schützen, kommt die Bundesregierung bis heute nicht
210 nach. Bei der EU-Datenschutzreform hat sie eine unrühmliche Rolle gespielt und die so
211 wichtige Reform, die einen Meilenstein für den Grundrechtsschutz von mehr als 500 Millionen
212 Europäer*Innen darstellt, über Jahre ausgebremst und auch hier grundlegende, unseren
213 Rechtsstaat konstituierende Datenschutzprinzipien wiederholt offen in Frage gestellt.

214 Wichtige Verbündete für uns sind und bleiben die Datenschutzbeauftragten der Länder und des
215 Bundes sowie die Verbraucherschutzverbände. Sie nehmen auch schon jetzt eine hervorgehobene
216 und wichtige Rolle im Datenschutz ein. Eine weitere auch institutionelle Stärkung, so dass
217 jede oder jeder Datenschutzbeauftragte weisungsfrei die eigenen Aufgaben erfüllen kann, ist
218 unser Ziel. Wie Grüne stellen sicher, dass die Datenschutzbeauftragten ihrer Rolle auch
219 gerecht werden können. Das ist gerade etwa mit Blick auf die von der EU geschlossenen
220 Abkommen zum Datenaustausch bisher nicht der Fall. Wir fordern daher, den
221 Datenschutzaufsichtsbehörden von Bund und Ländern entsprechend den Vorgaben aus dem Urteil
222 des EuGH vom 6. Oktober 2015 ein normiertes Klagerecht einzuräumen.

223 Transparenz ausbauen und Hass und Hetze bekämpfen

224 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für die Gesellschaft und die staatlichen Prozesse
225 noch besser nutzen, unsere Demokratie vitalisieren, das Verhältnis von Bürger*innen und Staat
226 reformieren und die Legitimität politischer Entscheidungen erhöhen.

227 Ein besonders positives Beispiel sind die Transparenzgesetze einiger Bundesländer, die die
228 Verwaltung verpflichten, eine Vielzahl von Dokumenten und Daten kostenfrei und online zur
229 Verfügung zu stellen. Hier sind insbesondere Hamburg und Rheinland-Pfalz derzeit an der
230 Spitze. Private Daten werden in dem Verfahren geschützt, in dem das Informationsregister

231 grundsätzlich keine personenbezogenen Daten enthalten darf. Ein Transparenzgesetz in diesem
232 Sinne stärkt die demokratische Teilhabe und das Vertrauen in staatliche
233 Entscheidungsprozesse. Wir wollen nicht nur auf Bundesebene ein umfassendes
234 Transparenzgesetz, sondern auch in den Bundesländern, in denen es solche Gesetze bislang
235 noch nicht gibt und ermutigen alle, daran aktiv mitzuwirken.

236 Die Pläne des Staates gehen häufig über die bloße Bereitstellung von Informationen hinaus.
237 Viele Verwaltungsangebote sollen zunehmend online erfolgen. Auch Wirtschaft, Verkehrssysteme
238 sowie Bildungsnetzwerke sollen weiter digitalisiert werden. Die enormen
239 Entwicklungspotentiale wollen wir nutzen. Allerdings sind Datenschutz und Datensicherheit
240 notwendige Voraussetzung für Vertrauen in diese neuen digitalen Angebote. Nur dann werden
241 die Bürger*Innen die Vorteile der Digitalisierung langfristig annehmen und entsprechende
242 Angebote unbeschwert nutzen. Das bedeutet, Verfahren und Geschäftsprozesse müssen von Beginn
243 an so konzipiert, strategisch angeleitet, umgesetzt und praktiziert werden, dass sie der
244 informationellen Selbstbestimmung und der Vertraulichkeit und Integrität
245 informationstechnischer Systeme Rechnung tragen. Prinzipien des Datenschutzes, der
246 Informationsfreiheit und -sicherheit wie etwa der Gesetzesvorbehalt, die Erforderlichkeit,
247 die Datenerhebung beim Betroffenen, Privacy by Design und Default, die Zweckbindung der
248 Daten, Datenvermeidung und -sparsamkeit, Schutzbedarfsfeststellung und Risikoanalyse sowie
249 Datensicherheit durch technische und organisatorische Maßnahmen sind zwingend zu
250 berücksichtigen. Die zunehmende Verdatung unseres Alltagslebens führt dazu, dass
251 umfassendste Datenprofile über uns alle entstehen, die Datensouveränität ist daher zu
252 stärken und der Trend der allumfassenden Verdatung und Algorithmisierung muss mit Konzepten
253 der Risikorelevanz und entsprechenden Schutz- und Nicht-Verarbeitungsvorgeben dieser Daten
254 einhergehen.

255 Anders als es auf den ersten Blick erscheint, erweitert das Internet nicht nur meine
256 Möglichkeiten, mich selbstbestimmt zu entwickeln. Teilweise ist das Gegenteil der Fall.
257 Immer mehr Unternehmen nehmen für sich in Anspruch, vor mir zu wissen, was ich demnächst
258 kaufen werde, wo ich meinen Urlaub verbringen möchte oder in wen ich mich verlieben könnte.
259 Algorithmen filtern die unzähligen Angebote für mich heraus. Das ist vielleicht bequem, aber
260 nicht unbedingt gut für unsere Gesellschaft. Wir müssen Gefahren durch eine intransparente
261 Beeinflussung des Willensbildungsprozesses durch Hyper Targeting und Big Nudging erkennen,
262 um darauf auch angemessen reagieren zu können. Dies gilt insbesondere für Werbung im Rahmen
263 von Wahlkämpfen. Wir Grüne lehnen es ab, einzelne Wählerinnen und Wähler durch die
264 Ausnutzung von Datenprofilen so genau zu beeinflussen, um auf einen Kern unserer Demokratie,
265 die freie Wahl, massiven Einfluss zu nehmen. Politisches Targeting gehört reguliert und wir
266 rufen die anderen Parteien dazu auf, unserer Nichtnutzung zu folgen.

267 Doch nicht nur die Nutzung und Ausnutzung von Daten über uns beeinflussen unser Handeln,
268 unsere Kommunikation und soziales Zusammenleben. Wir erleben, wie im digitalen Diskurs eine
269 Verrohung stattfinden, engagierte Menschen, ganz egal ob Feminist*innen, Politiker*innen,
270 Ehrenamtliche, Journalist*innen oder Menschen mit Migrationshintergrund werden immer
271 häufiger angefeindet, beleidigt und bedroht. Die Hoffnung, dass durch das Internet eine neue
272 Debattenkultur und die Möglichkeiten des freien Wissenszugangs zu mehr Toleranz und
273 Solidarität führen, wurde leider nicht erfüllt. Stattdessen entstehen derzeit abgeschottete
274 Räume der selbstreferentiellen Meinungs austausches. Hate Speech und Hasspropaganda stellen
275 eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar. Einschüchterungen und Straftaten, müssen
276 mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Der Ausweitung der privaten
277 Rechtsdurchsetzung widersprechen wir, stattdessen braucht es einen Ausbau der Kapazitäten
278 bei Polizei und Staatsanwaltschaften in diesem Bereich, einfachere Wege solche Inhalte zu
279 melden und anzuzeigen und eine Bundesregierung die es nicht länger verpasst,
280 milliardenschwere Unternehmen an ihre gesellschaftliche und rechtliche Verpflichtung zu

281 erinnern, entsprechende Inhalte konsequent zu überprüfen, zu löschen und an die
282 Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten.

283 Aktuell beobachten wir, dass die Zahl rechtsextremer Straftaten zunimmt – erschütternde
284 Beispiele sind Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und gewaltsame Übergriffe mit
285 fremdenfeindlichem Hintergrund. Und die Radikalisierung im Internet spielt dabei eine
286 gewichtige Rolle. Mit allen rechtsstaatlichen Mitteln muss der Staat rechten Terror,
287 alltäglichen Rassismus und institutionell verankerten Rassismus bekämpfen. Dazu zählt
288 selbstverständlich auch das Strafrecht. Strafbarkeitslücken bei dem Verbreiten und Verwenden
289 von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bei Handlungen im
290 Ausland sind zu schließen und unter Strafe zu stellen. Zudem ist eine stärkere
291 Berücksichtigung menschenverachtender Beweggründe bei der Strafzumessung gesetzlich zu
292 verankern.

293 Dieser Antrag ist in Zusammenarbeit von Till Steffen, Konstantin von Notz, Jan Philipp
294 Albrecht und Malte Spitz entstanden.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Eka von Kalben (Schleswig-Holstein); Yvonne Paul (BAGen); Irene Mihalic (NRW)